

-
13. November 1996 Die ÖVP stimmt gegen den Antrag, die Förderung der Kernenergie einzustellen und den Euratom-Vertrag ab 2002 nur noch für den sicheren Abbau von Kernreaktoren und die sichere Endlagerung der Nuklearabfälle zu verwenden. Aufgrund ihres Stimmverhaltens wird der Antrag mit 244 gegen 237 Stimmen abgelehnt.
-
24. Oktober 2000 Die ÖVP stimmt gegen faire Wettbewerbsbedingungen und die Förderung Erneuerbarer Energien. Laut ÖVP-Stimmverhalten ist die Förderung Erneuerbarer Energien eine unzulässige staatliche Beihilfe und nicht ein Ausgleich für Wettbewerbsnachteile. Wieder ist das Stimmverhalten der ÖVP entscheidend - die 2 betreffenden Änderungsanträge wurden mit einer hauchdünnen Mehrheit (einmal 3, einmal 6 Stimmen) abgelehnt.
8. November 2001 Im Rahmen einer Abstimmung zur sicheren Energieversorgung stimmt die ÖVP-Abgeordnete Agnes Schierhuber als einzige Österreicherin für die Konstruktion "kostengünstiger Kernspaltungsreaktoren", um die europäische Energieversorgung zu sichern.
17. Jänner 2001 Zahlreiche Untersuchungen dokumentieren den Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Munition mit angereichertem Uran und stark erhöhten Krebs- und Fehlbildungsraten im Irak und im Kosovo. Dennoch stimmt die ÖVP in einer Dringlichkeitsanfrage im Europaparlament gegen ein Aussetzen der Verwendung von Uranmunition.
24. September 2003 Die VP-Delegation im Europaparlament stimmt gegen eine "Konferenz zur Revision des Euratom Vertrags, um überholte und nicht mehr zutreffende Bestimmungen des Vertrags, v.a. was die Förderung der Atomenergie und das Fehlen demokratischer Beschlussfassungsverfahren betrifft, aufzuheben". Dies im völligen Gegensatz zum vorausgehenden Nationalratsbeschlusses - Begründung/O-Ton Abgeordnete Stenzel: „die ÖVP-Delegation ist bei der Abstimmung...EVP_Fraktionslinie gefolgt“
http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20030930_OTSO138&ch=politik
13. Jänner 2004 Die ÖVP-Delegation im Europaparlament stimmt im Rahmen des "EU Atompakets" für die Verabschiedung der skandalösen "Richtlinie über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen".
23. März 2006 Abg. Rübiger (ÖVP) stimmt bei einem Entschließungsantrag dafür, dass Kernfusionstechnologie und ihre Anwendung von strategischer Wichtigkeit sind und deshalb in der EU weiterentwickelt werden sollte.
24. März 2006 Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler und Ratspräsident Schüssel segnet der Europäische Rat einen Beschluss über die Zukunft der europäischen Energieversorgung ab, der den
-

Begriff „low emission technologies“ etabliert - und der Atomenergie somit einen salonfähigen Status als Klimaretter verbrieft. Weiteren Subventionierungen der Atomindustrie wird damit sogar der Anspruch höchster Priorität eingeräumt.

24. Juli 2006: ÖVP-Bildungsministerin Gehrer stimmt beim Sonderwettbewerbssrat in Brüssel für eine Verdreifachung der Forschungsgelder für die Atomindustrie. Damit stehen der Atomindustrie in den Jahren 2007 bis 2013 über 4 Milliarden EURO zur Verfügung!
28. Feber 2008: ÖVP-Wirtschaftsminister Bartenstein enthält sich im EU-Ministerrat bei den Verhandlungen über die Strategic Energy Technologies (SET) seiner Stimme anstatt ein Veto einzulegen und damit sicherzustellen, dass nur nukleare Sicherheits- und Entsorgungsangelegenheiten aus EU-Mitteln gefördert werden.
25. Juni 2009 ÖVP- Umweltminister Berlakovich stimmt „verbindlichen Sicherheitsrichtlinien“ zu, die diesen Namen nicht verdienen. Inhaltlich von dürftigen Kompromissregeln beherrscht und in seiner rechtlichen Ausprägung als bloße Empfehlung zu qualifizieren stellt der Beschluss den derzeitigen Zustand auf rechtliche Beine. Wie bisher darf jeder Atomstaat selber entscheiden, ob und wie weit er die Vorschläge in nationales Recht umsetzen will. Nicht genug: die Richtlinien betreffen sowieso nur zukünftige Anlagen, alle bestehenden AKWs dürfen weiterlaufen wie bisher.
-